

Von Benjamin Lempert

GIESSEN. Die „Fridays for Future“-Bewegung hat der Politik in diesem Jahr ordentlich Dampf gemacht. Gießen bildete da keine Ausnahme. Obendrein haben der Verein „Lebenswertes Gießen“ und verschiedene lokale Initiativen ihre Ideen für ein besseres Klima sowie eine Verkehrswende mit Nachdruck in die Öffentlichkeit und damit zugleich ins Rathaus getragen. Mit dem Ergebnis, dass sich künftig „alle Entscheidungen daran messen lassen müssen, dass wir das Klima schützen und Schadstoffemissionen verringern“, betont Oberbürgermeisterin Dietlind Grabe-Bolz im Interview mit dem Anzeiger. In einem ersten Schritt gelte es, bis zum Frühjahr eine Bilanz zu ziehen, dann aber auch konkrete Maßnahmen zu skizzieren. Dabei soll ebenfalls die Debatte über eine zumindest autoarme Innenstadt forciert werden, die am Ende für mehr Aufenthaltsqualität sorgen könne. Gleichzeitig blickt die Sozialdemokratin zurück und erklärt, wofür Gießen unter ihrer bisher zehnjährigen Amtszeit eigentlich steht.

Sie sind in diesem Dezember zehn Jahre als Oberbürgermeisterin im Amt. Kommen noch mehr als zwei weitere Jahre hinzu?

Das entscheide ich im zweiten Quartal 2020. Einiges spricht dafür, weil ich immer noch zu 100 Prozent Gießen gestalten möchte. Zudem braucht Politik nicht nur einen langen Atem, sondern lange Linien, wenn man etwas bewegen und erreichen will. Aber da ist auch die andere Seite: Denn selbstbestimmte Zeit gibt es sehr wenig. Ich habe zwei Enkel. Und wenn man dann noch wie jetzt einen Trauerfall in der Familie hat, befördert das erst recht das Nachdenken.

Mit welcher übergeordneten Idee hat sich Gießen im vergangenen Jahrzehnt unter Ihrer Verantwortung entwickelt?

Gießen steht für Dynamik und Innovation. Allein in den vergangenen zehn Jahren sind wir um 13 000 Einwohner gewachsen. Eine Erfolgsgeschichte kann Gießen mit der Beendigung der Konversion feiern, die in meiner Verantwortung fortgesetzt und zu Ende gebracht wurde: 450 Hektar militärisch genutzte Fläche sind für Wohnen und Gewerbe umgewandelt worden. Neue Arbeitsplätze wurden und werden geschaffen. Und diese Gesamtentwicklung hat auch einen Beitrag dazu geleistet, dass Gießen so steuerstark ist wie nie zuvor. Dies wiederum eröffnet uns politische Handlungs- und Gestaltungsspielräume.

Was ist Gießen denn jetzt eigentlich: Hochschulstadt, Einkaufsstadt, Kulturstadt, Gartenstadt, Sportstadt?

Sich auf eine Definition festzulegen, würde den vielfältigen Aufgaben nicht gerecht werden. Ja, Gießen hat ein stark ausgeprägtes Profil als Hochschul- und Bildungsstadt. Das ist schon ein Alleinstellungsmerkmal für eine Stadt dieser Größenordnung. Die beiden Hochschulen sind unsere größten Wachstumsmotoren. Aber Gießen ist ebenso eine Stadt mit starkem Einzelhandel und vielen Sport-, Freizeit- und Kulturangeboten – einer Infrastruktur, die eine attraktive und lebenswerte Stadt ausmacht. Und Gießen ist eine Stadt, in der ein Klima der Weltoffenheit und Toleranz herrscht.

Aber ist es nicht zwangsläufig so, dass nicht jedes dieser Felder mit derselben Priorität besetzt werden kann und man Gefahr läuft, überall nur Durchschnitte zu sein?

Prioritäten setzen wir natürlich, auch wenn wir einen umfassenden Gestaltungsauftrag haben, der viele Handlungsfelder umfasst. Neben der nachhaltigen Stadtentwicklung mit Wohnraum- und Gewerbeflächen sehe ich vor allem die Notwendigkeit, die Daseinsvorsorge sicherzustellen und Teilhabemöglichkeiten für alle Menschen zu schaffen. Deshalb ist eine der obersten Prämissen, Gießen als soziale Stadt voranzubringen. Dies ist für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt unabdingbar.

2019 war auch in Gießen geprägt von den „Fridays for Future“-Demos sowie Debatten über Klimaschutz und eine Verkehrswende. Die Politik ist hier doch ziemlich von Initiativen, von der Straße



„Man muss Unmögliches anstreben“

OB Dietlind Grabe-Bolz spricht über das ambitionierte Ziel, Gießen bis 2035 klimaneutral zu machen, Rückschläge auf dem Weg zur Kreisfreiheit, dynamisches Wachstum, eine Sozialquote beim Wohnen und eine anstehende Entscheidung

Foto: Friese

vor sich hergetrieben worden. Oder wie ist Ihr Eindruck?

Ich habe großen Respekt vor den jungen Menschen, die politisiert, kritisch und verantwortungsvoll sind und konsequente Maßnahmen zum Klimaschutz einfordern. Einer Generation, die engagiert, aber auch laut und wütend ist, uns den Spiegel vorhält und Versäumnisse anprangert. Recht haben sie!

Mit großer Mehrheit haben die Stadtverordneten für den Bürgerantrag „2035Null“ gestimmt. Bis 2035 soll Klimaneutralität erreicht werden. Deutschland und die Europäische Union sind da mit der Vorgabe 2050 weniger ambitioniert. Wie realistisch ist also das Ziel?

Man muss Unmögliches anstreben, um möglichst viel möglich zu machen. Wir fangen ja nicht bei null an. Wir haben ein Klimaschutzkonzept, ein Energiemanagement, jährliche Energieberichte, eine komplett auf Erdgas umgestellte Busflotte, seit Jahren eine energetische Sanierung der Wohnbauhäuser und vieles mehr. Die Stadtwerke haben eine Rechnung vorgelegt, dass von 1990 bis heute 15 Prozent an Schadstoffausstoß eingespart worden ist, sich der ökologische Fußabdruck sichtbar verbessert hat in Gießen. Aber wir müssen, und dafür ist der Bürgerantrag wichtig, schneller, effizienter und transparenter werden. Alle Entscheidungen müssen sich daran messen lassen, dass wir das Klima schützen und Schadstoffemissionen verringern. Wir dürfen nicht mehr wegschauen.

Erst in diesem Jahr hat die Stadt jedoch die Erarbeitung eines Verkehrsentwicklungsplans ausgeschrieben. Ist das nicht viel zu spät gewesen?

Mir hat das selbst zu lange gedauert. In die Vergabe haben wir allerdings noch die Zielsetzung unseres Bürgerantrags aufgenommen. Andererseits werden ja nicht erst Maßnahmen ergriffen, wenn ein Verkehrsentwicklungsplan fertig ist. Wir sind gehalten, jetzt zu handeln, wir müssen mit der Verkehrswende Ernst machen. Dazu ist es erforderlich, den Fußgänger- und Fahrradverkehr sowie den ÖPNV zu stärken und den Individualverkehr zu reduzieren. Dazu müssen Verkehrsflächen neu aufgeteilt werden.

Apropos: Auf zwei Rädern in der Stadt unterwegs zu sein, wird eher als Stress und nicht als Spaß empfunden, hat der Fahrradklimatest des ADFC erneut bescheinigt. Wie wohl fühlen Sie sich selbst als leidenschaft-

liche Radlerin auf Gießens Straßen?

Ich kann das nur bestätigen. Aus diesem Grund ist mein klares Petition, nicht nur Fahrradstraßen, sondern Fahrradstraßen einzurichten. Wenn ich den Innenstadtring mit dem Rad befahre, fühle ich mich stark gefährdet. Manchmal geht es jedoch nicht anders, um nicht große Umwege in Kauf nehmen zu müssen. Dringend geboten wäre daher, den Innenstadtring jeweils einspurig für Individualverkehr und für Fahrradfahrer zu gestalten. Dafür sollten wir Überzeugungsarbeit leisten und für mehr Rücksichtnahme und Respekt im Straßenverkehr werben.

Auch für die autofreie Innenstadt, die wiederholt propagiert und bei Aktionen simuliert worden ist?

Zunächst einmal bin ich diesen Gruppen sehr dankbar für ihre Vorschläge. Das verdeutlicht, dass sich viele Menschen die richtigen Gedanken machen, sich einbringen wollen. Dennoch würde ich eher von der autoarmen Innenstadt sprechen. Ich glaube, diejenigen, die jetzt noch sagen, die Reduktion des Individualverkehrs in der Innenstadt zieht Einbußen beim Einzelhandel nach sich, können vom Gegenteil überzeugt werden. Entscheidend ist nämlich nicht mehr nur das Einkaufen, sondern das Erlebnis. Und dafür braucht man Aufenthaltsqualität, mehr Gastronomie, Feste und Veranstaltungen. Die Flächen mehr zu diesen Zwecken zu nutzen, weniger fürs Parken, wird die Stadt insgesamt für alle aufwerten.

Ist der Widerstand des Einzelhandels trotzdem für Sie nachvollziehbar?

Ich kann die Ängste verstehen, weil der Einzelhandel ohnehin sehr unter Druck ist. Und wir wollen auch weiterhin an einem Strang ziehen. Die Ängste können jedoch mit Hinweis auf bereits verkehrsberuhigte Innenstädte genommen werden, weil diese zeigen, dass ihre Attraktivität steigt. Wer hält sich denn nicht lieber in einer Innenstadt auf, in der man sich frei bewegen, mal einen Kaffee trinken kann, und nicht ständig aufpassen muss, ob Autos queren.

Der Einzelhandel in Gießen kämpft – wie in anderen Städten – mit Frequenz- und Umsatzrückgängen sowie Leerständen. Um dem zu begegnen, fordern Vertreter der BIDs oder die Junge Union jüngst ein schlüssiges Gesamtkonzept. Sie meinen, das brauche es nicht. Was ist so schlimm daran?

Wenn man sich heute die Innenstadt anschaut und wie sie vor etwa 15 Jahren aussah, hat sich doch sehr viel verändert.

Das beruht auf konzeptionellen Ideen, wie zum Beispiel der Gründung der BIDs. Diese organisierte Struktur ist ein großer Vorteil. Wir stimmen uns eng ab, arbeiten gut zusammen. Ich denke dabei etwa an die Diskussion um die verkaufsoffenen Sonntage oder als wir gemeinsam das Outlet-Center in Garbenteich abgewehrt haben. Wozu braucht es da immer das große Wort „Gesamtkonzept“? Für mich ist das eine Worthülse.

Gießen wird vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung als „stark wachsende Mittelstadt“ eingestuft. Der Demografieatlas prognostiziert, dass hier 2030 etwa 94 500 Menschen leben werden. Welche Chancen und welche Risiken gehen damit einher?

Jede Stadt möchte sich entwickeln – das heißt auch, neue Einwohner gewinnen zu wollen, weil das eine Stadt sehr belebt. Ich sehe darin nur Chancen und Herausforderungen, keine Risiken. Die Herausforderung liegt darin, die entsprechende Infrastruktur bereitzustellen. Das bedeutet: Neubaugebiete kann es beispielsweise nicht geben, ohne dass Buslinien verstärkt, verlängert oder ganz neu angebunden werden und ohne dass neue Kitas entstehen.

Momentan entstehen zudem 400 neue Sozialwohnungen, deren Fertigstellung sich indes verzögert. Das Wohnraumversorgungskonzept hat 2016 wiederum einen Bedarf von 1000 bis 1500 öffentlich geförderten Wohnungen bis 2030 ermittelt. Inwieweit ist das noch zu halten?

Die 400 Sozialwohnungen haben wir auf der Agenda. Aber das Wohnraumversorgungskonzept sieht noch mehr vor, zum Beispiel eine Sozialquote von 20 bis 25 Prozent bei privaten Flächen. Nicht jeder Investor ist davon begeistert, aber hier gilt, dass Eigentum verpflichtet. Für das Gebiet „Am Alten Flughafen“ wird die Vorgabe schon umgesetzt. Und wir sagen: Überall, wo mehr als 50 Wohneinheiten geplant sind, soll diese Quote berücksichtigt werden. Beabsichtigt sind darüber hinaus noch andere Maßnahmen, unter anderem die Verlängerung von Belegungsbindungen, um sozialen Wohnraum zu erhalten. Das haben wir mit Landesprogrammen und zum Teil mit städtischem Geld getan.

Welche Fortschritte sind 2019 auf dem Weg zur angestrebten Kreisfreiheit erzielt worden?

Da ist uns jetzt das Land in die Parade gefahren, indem es in der Hessischen

Gemeindeordnung Änderungen vornehmen will. Demnach sollen nur noch Städte, die 100 000 Einwohner überschritten haben, die Kreisfreiheit beantragen können. Davon war vorher nie die Rede, künftig soll das Voraussetzung werden. Daher konzentrieren wir uns zurzeit darauf, uns über die Städtetagsgremien dafür einzusetzen, dass die HGO-Novelle noch verändert wird.

Mal losgelöst von dem Ansinnen, als Stadt selbstbestimmt die Rahmenbedingungen abstecken zu können: Was nutzt die Kreisfreiheit überhaupt dem Bürger?

Er hat kürzere und direktere Wege in verschiedenen Angelegenheiten. Im Übrigen nehme ich an, dass einige Gießener gar nicht wissen, dass wir kreisangehörig sind. Insofern sind die Gießener einfach Gießener. Und es ist schlicht nicht zu erklären, warum der Stadt Gießen mit der Auflösung der Stadt Lahn die Kreisfreiheit genommen worden ist. Es wird immer gesagt, wir sind eine Großstadt im Kleinformat. Und weil wir das sind, mit allen Herausforderungen, Chancen und Problemen, die Großstädte haben, müssen wir auch über uns und alle unsere Belange selbst entscheiden können und nicht Teil des Landkreises sein.

Kommen wir abschließend noch zum FC Gießen: Der hat den vor einem Jahr vom Parlament bereits abgesegneten Erbbaupachtvertrag fürs Waldstadion nach wie vor nicht unterschrieben. Wie geht es hier weiter – gerade auch, falls die Regionalliga nicht gehalten werden sollte?

Der FC hat eine riesige Fangemeinde, er ist in die Tradition des VfB getreten und hat den Fußball in Gießen aufgewertet. Das ist erst einmal sehr positiv. Auch in der Hessenliga könnte der FC ja weiterspielen. Sollte es jedoch dazu kommen, dass das Stadion wieder an die Stadt zurückfällt beziehungsweise bei ihr verbleibt, ist alles vertraglich geregelt. Im Moment wird tatsächlich nur der Nutzungsvertrag in Anspruch genommen. Wir haben – in Absprache mit dem FC – auch noch einen Förderantrag beim Land Hessen für den Ausbau des Waldstadions gestellt. Da geht es um Landesgelder, aber auch kommunale Mittel und einen Eigenanteil des Vereins für Beschallungs- und Schließanlagen sowie um Beleuchtung. Diese Chance wollen wir nicht verstreichen lassen.

* Eine ausführlichere Version des Interviews lesen Sie auf unserer Internetseite www.giessener-anzeiger.de.